

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

Vorstellung Person

Gudrun Pieper

Verheiratet seit 40 Jahren, 1 Sohn (39)

Baujahr 1956

Wohnhaft Schwarmstedt

Mitglied im Niedersächsischen Landtag seit 2008

Mitglied in den Ausschüssen Frauen, Soziales, Familie, Gesundheit und Migration > behindertenpolitische Sprecherin;
Ausschuss Bundes-u. Europaangelegenheiten, Medien u. Regionalentwicklung > Vorsitzende

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde

Als ich im Herbst letzten Jahres im erweiterten Kreisvorstand gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könnte, noch einmal zu kandidieren, brauchte ich nicht lange zu überlegen. Ja, ich konnte es mir vorstellen – und nun stehe ich hier ein 3. Mal, um mich bei Ihnen für eine weitere Kandidatur zu bewerben. Ich möchte diesen Wahlkreis, unseren Heidekreis, unsere ländliche Region, wie in den vergangenen Jahren, erfolgreich vertreten, mich für seine Belange einsetzen. Ich möchte engagiert daran mitwirken, dass unsere CDU mit unserem Spitzenkandidaten Dr. Bernd Althusmann wieder in die Regierungsverantwortung gelangt. Ich möchte engagiert daran mitwirken, dass wir in unserem Wahlkreis das CDU Mandat behalten.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

Niedersachsen befindet sich leider nicht mehr auf der Überholspur. Niedersachsen braucht mehr, um wieder in Richtung Überholspur zu gelangen.

Was wir brauchen ist in einfachen Sätzen gesagt. Wir brauchen:

- Vorfahrt für Sicherheit und Ordnung
- Vorfahrt für Bildung.
- Vorfahrt für Familien und frühkindliche Betreuung
- Vorfahrt für Investitionen in Breitband zur Digitalisierung
- Vorfahrt für eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege
- Vorfahrt für Infrastruktur, für Schiene, Straße, und Häfen.

um hier nur einiges zu nennen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

Sicherheit und Ordnung ist ein ernsthaftes Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben seit dem Jahre 2015 eine veränderte Situation hier in Deutschland, in unserem Bundesland und somit auch in unserem Heidekreis. Wir können hier sehr gut mitreden, denn wir waren es, die mit dem Camp Oerbke und Bad Fallingbostal die Flüchtlingswelle und mit den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen bewältigt haben, denen ich ausdrücklich danken möchte.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Plenarsitzung am 10. September 2015. Viele offene Fragen zur Bewältigung der Flüchtlingswelle standen im Fokus. Konzepte gab es nicht, Anträge von unserer Seite wurden kategorisch abgelehnt, sie kamen ja von der CDU, Auswirkungen auf die unterschiedlichen Regionen wurden vertuscht oder angeforderte Auskünfte verschleppt. Insofern war für mich die dringliche Anfrage zum Thema: „Flüchtlingsströme in Niedersachsen – Wo bleibt das Unterbringungskonzept der Landesregierung für den Winter?“ damals von zentraler Bedeutung. Ich zitiere aus dem öffentlichen Plenarprotokoll:

Vor dem Hintergrund, Herr Minister, dass Sie ausgeführt haben, dass Sie bis zu 15 000 Unterbringungsplätze schaffen wollen, und vor dem Hintergrund, dass seit dem Wochenende auch das Camp Oerbke im Gespräch ist, frage ich Sie ganz explizit: Wie ist dort der Sachstand? Denn 1 000 Menschen dort unterzubringen, ist eine Herkulesaufgabe. Aber sowohl Landrat als auch Kommune kennen nicht den aktuellen

Stand; sie wissen nicht Bescheid. Insofern wäre es schön, wenn Sie hier etwas dazu sagen würden.

Boris Pistorius,

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Pieper, das ist jetzt so ein Bei-spiel: Ich könnte jetzt auf dem Weg zu Ihrem Landrat sein, um ihm mitzuteilen, dass eben gerade - ich glaube, vor einer Stunde - die Zustimmung des Bundesverteidigungsministeriums zur Nutzung des Camps Oerbke ergangen ist. Da ich jetzt hier bin, muss ich es coram publico, vor der Öffentlichkeit, machen. Ich hätte das dem Landrat bzw. den verantwortlichen Kommunalpolitikern gerne persönlich mitgeteilt. Das ist mir jetzt leider nicht möglich. Ich freue mich sehr über die Zustimmung des Bundesverteidigungsministeriums. Das bedeutet, dass wir innerhalb der nächsten 48 bis 72 Stunden das Camp beziehen können.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

als zuständige Abgeordnete habe ich den Landrat unverzüglich informiert, um unserem Landkreis die Chance schnellen Handelns zu ermöglichen!

Doch es gibt bei uns noch mehr zu tun. Neben den alltäglichen Aufgaben rund um unsere beiden Autobahnen, dem erhöhten Verkehrsaufkommen, den zukünftigen Herausforderungen der langjährigen Ausbauphase der A 7 oder durch die gute Anbindung auch das erhöhte Gefahrenpotential im Bereich Diebstahl und Einbrüchen sind Herausforderungen, die man nicht mal eben so leistet. Hinzu kommen leider auch die Herausforderungen im Bereich der terroristischen Bedrohung, die sich auch bis in das kleinste Kommissariat auswirken können. Ich möchte niemanden verunsichern, aber es ist nicht von der Hand zu weisen: Die Sicherheitslage in Niedersachsen ist angespannt und sie wird nicht immer an Kreisgrenzen halt machen. Mit dem 7-Punkte Sofort-Programm zur Sicherheit haben wir erste Impulse/Antworten aufgezeigt.

1. Bessere und umfassendere Vernetzung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden länderübergreifend
2. Zielgerichtete Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz
3. Verbesserung von Ausstattung und Möglichkeiten der polizeilichen Einsatzkräfte

4. Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten
5. Missbrauch von Asylrecht konsequent verhindern – Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht
6. Bekämpfung und Vorbeugung von Radikalisierung in Niedersachsen
7. Einführung der Beweislastumkehr bei Altersfeststellung

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

unsere Polizeikommissariate leisten hervorragende Arbeit. Im Gegensatz zu Rot-Grün setzen unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin großes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Das zeigt auch eine aktuelle Umfrage: Dreiviertel der Befragten lehnen eine Einschränkung der Befugnisse der Polizei ab, so wie es der Entwurf des rot-grünen Polizeigesetzes vorsieht. Über die Hälfte wünscht sich sogar, dass die Polizei mehr Rechte erhält. Und dieses gilt es zu unterstützen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

das **Bildungsangebot** in unserem Heidekreis wird im Rahmen des demographischen Wandels, im Rahmen der Fachkräftegewinnung ein zentraler Baustein für unsere Zukunft sein. Gute Schulen bedeuten gut ausgebildete Kinder. Gut ausgebildete Kinder bedeuten zukunftsfähige Erwachsene.

Dazu gehört für mich, dass das schulische Angebot auch ein gutes Angebot an Lehrerversorgung vorhält. Die 102%ige Unterrichtsversorgung bis im Jahre 2013/2014 war eine gute Voraussetzung. Und jetzt? Jetzt haben wir die schlechteste Unterrichtsversorgung seit 15 Jahren. 242.000 Stunden Unterrichtsausfall landesweit, in vielen Landkreisen werden fast nur noch 96-99% erreicht, zum Beispiel weist die KGS in Schneverdingen nur eine Unterrichtsversorgung rund 95% und die Oberschule Bad Fallingbostel rund 94% auf. Hinzu kommen die Herausforderungen der Inklusion und der wichtige Aspekt der unterstützenden Schulsozialarbeit. Von daher ist der von uns u.a.

eingebraachte Antrag im Niedersächsischen Landtag einer guten Unterrichtsversorgung umzusetzen, ebenso den BBS'en als ‚Regionale Kompetenzzentren‘ und Partner der Wirtschaft die nötigen Kompetenzen zuzugestehen und die Eigenverantwortlichkeit über die Stellenbewirtschaftung zu überlassen. Dazu gehört:

1. ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für den Zeitraum bis 2025 vorzulegen, das den bedarfsgerechten Ausbau der Studien- und Studienseminarkapazitäten sowie ergänzende Maßnahmen zum Umgang mit der Situation in Mangelfächern im allgemein- **und** berufsbildenden Bereich berücksichtigt sowie auf die Sondersituation im Schuljahr 2020/2021 (Wiedereinführung G9) eingeht,
2. alle Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung so zu planen, dass sie keine bloße Verschiebung des Lehrermangels auf spätere Schuljahre zur Folge haben,
3. nach dem Vorbild anderer Bundesländer kreative Konzepte zu entwickeln, angehenden Lehrkräften die Vorteile einer Beschäftigung an Niedersachsens Schulen nahe zu bringen,
4. Anreize zu schaffen, um die Tätigkeit an Schulen in ländlichen Regionen Niedersachsens für Lehrkräfte attraktiver als bisher werden zu lassen,
5. umgehend an Grundschulen für Lehrkräfte Entlastungen umzusetzen, insbesondere für Schulleitungen,
6. eine unabhängige Erhebung der Arbeitszeit niedersächsischer Lehrkräfte auf den Weg zu bringen und dabei das Urteil des OVG Lüneburg aus Juni 2016 zu berücksichtigen, um daraus Konsequenzen für mögliche Veränderungen der Arbeitszeit- und Besoldungsstruktur zu ziehen.
7. Schulsozialarbeiter an jeder Schule, um die Herausforderungen einer guten Schule mit den pädagogischen, den sonderpädagogischen Fachkräften, den Herausforderungen einer inklusiven Schule unterstützen, sowohl für die

adäquate Förderung für Kinder mit Behinderung, als auch Kinder mit Migrationshintergrund zu bewältigen.

Und auch im Rahmen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, im Bereich frühkindlicher Bildung ist noch einiges zu tun. Allein die Ansage von rot-grün, die Beiträge für einen Kindergartenplatz abzuschaffen, steht diametral zu den Herausforderungen, die in diesem Bereich noch abzuarbeiten sind:

1. Verkleinerung der Gruppen
2. Flexiblere Öffnungszeiten
3. Durchgängig dritte Kraft in den Krippengruppen, die nur bis zur 1. Hälfte des Jahres 2018 finanziert sind
4. Aufwertung des Berufes der Erzieherinnen und Erzieher durch Bachelorstudium und somit besserer Bezahlung
5. Novellierung des Kindertagesstättengesetzes, um hier nur einiges zu nennen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

natürlich hört es sich erst einmal gut an, wenn gesagt wird: Wir schaffen die Kindergartengebühren ab. Das sage ich persönlich eigentlich schon, seit Beginn meiner Berufszeit. Doch sollte nicht erst einmal der 1. vor dem 2. Schritt gemacht werden? Ich sage deutlich: Erst die Rahmenbedingungen verbessern, dann die Entlastung der Eltern durch den gebührenfreien KiTa-Besuch. Es ist aber auch anzumerken, dass das letzte Kindergartenjahr bereits beitragsfrei von uns in der letzten Legislaturperiode eingeführt wurde, Eltern mit geringem Einkommen gar keine Kindergartengebühren bezahlen. Entlastung brauchen demnach die Familien mittlerer Einkommen, doch unsere Kinder und die hochmotivierten Fachkräfte brauchen **ebenso** gute Bedingungen in der frühkindlichen Bildung. Und das gilt es erst einmal zu gewährleisten.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

die **Wirtschaftskraft** in Deutschland hat in den letzten Jahren, trotz Finanzkrise, zugenommen und sich stabilisiert. Dank der Bundesregierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sehen wir das ganz konkret an den zurückgehenden Arbeitslosenzahlen und den gestiegenen Steuereinnahmen, in Niedersachsen über 5 Mrd. € mehr! Von daher ist es auch keine Kraftanstrengung einen Landeshaushalt **ohne** Nettoneuverschuldung aufzuweisen. Um unsere Wirtschaft, unsere Unternehmen in unserer Region auch davon partizipieren zu lassen, müssen wir alles dafür in unserem Heidekreis tun, damit unser ländliche Raum nicht abgehängt wird.

Als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Kreistag ist es mir ein besonderes Anliegen sowohl auf Kreis-, wie auf Landesebene darauf einzuwirken.

In erster Linie wird es darauf ankommen, dass die Unternehmen im Rahmen der Digitalisierung, die auch im Schulbereich eine wesentliche Rolle spielt, voranschreitet. Der Landkreis Heidekreis leistet bereits durch Förderung von Bundesmitteln und eigener Mittel seinen Beitrag dazu. Doch ist auch hier das Land Niedersachsen gefordert, seinen Beitrag zu leisten. Die regionale Wettbewerbsfähigkeit und somit auch die Möglichkeit der Beschäftigung sind hiervon durchaus abhängig. Digitalisierung ist für mich der Schlüssel in eine wettbewerbsfähige globale Zukunft!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

Neben der Digitalisierung wird Bildung, gute Erreichbarkeit durch gute Infrastruktur (sprich Mobilität), qualitativer Wohnraum eine Rolle spielen, um Fachkräfte hier bei uns vor Ort zu binden, bzw. sie zu gewinnen. Das kulturelle Angebot ist ebenso nicht zu vernachlässigen.

Natürlich haben wir durch einen starken Tourismusbereich (+8,7%), ob in der Lüneburger Heide, in der Vogelpark-Region oder im Aller-Leine-Tal eine Wertschöpfung von mehr als 120 Mio. € pro Jahr in den Bereichen Gastronomie, Handwerk, Le-

bensmittelbereich und in unseren Freizeitparks. Doch ohne Fachkräfte können Potentiale nicht ausgeschöpft werden und das sollte unser aller Anliegen sein, dass wir eine ganzheitliche Betrachtung auf alle Bereiche werfen. Das können die Kommunen, die Unternehmen nicht alleine bewältigen, dazu brauchen sie das Land und den Bund, die weitere Förderung aus der EU. Hier sehe ich meine Aufgabe, an allen Stellschrauben mitzuwirken, um für unseren Heidekreis das Optimum zu erreichen. Dazu zählen für mich ebenso u.a. die Themen Konversion, Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Metropolregionen, Stärkung der Wirtschaftsregion Heidekreis uvm.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

wir haben seit 2014 das Amt für Regionalentwicklung. Spüren Sie etwas davon? Merken Sie, dass sich durch unsere zuständige Regionalbeauftragte etwas zum Positiven verändert hat? Ich bin enttäuscht, dass so wenige Impulse kommen. Bei gemeinsamen Gesprächen stelle ich immer wieder fest, dass viele Bereiche unserer Region eigentlich gar nicht bekannt sind. Regionalentwicklung im ländlichen Raum ist unerlässlich, deswegen werde ich auch hier einen Schwerpunkt setzen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

unsere Gesellschaft wird bunter, sie wird älter und wir müssen uns sowohl auf Kreis- wie auch Landes- und Bundesebene auf die sich entwickelten Gegebenheiten einstellen. Eine gute Struktur in der **Gesundheitsvorsorge**, in der Daseinsvorsorge ist unerlässlich. Mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz des Bundes, mit der Modellregion Gesundheit und einer Förderung in Höhe von 300.000 € aus der vergangenen Legislaturperiode konnten wir an einem Konzept arbeiten, um letztendlich auf die zu erwartenden Einschnitte eine Antwort zu finden. Hieran müssen wir weiter arbeiten. Doch was ist seitdem weiter an Förderung aus dem Land Niedersachsen zuteil geworden?

Seit 2015 haben wir nur noch in einigen Regionen eine hausärztliche Versorgung von 75%. Die seit 2010 monatliche Förderung von 500,-- € für Studenten, die sich für den ländlichen Raum entscheiden, wurde eingestellt. Erst jetzt, auf Druck der Opposition, wurde zum Haushaltsjahr 2017/2018 beschlossen, dass eine zukünftige Förderung in Höhe von 400,-- € monatlich, begrenzt auf 4 Jahre wieder gewährt wird.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

das halte ich für grob fahrlässig, denn für uns hier im Heidekreis ist eine gute Gesundheitsversorgung in Zusammenhang mit guter klinischer Versorgung und einer ausgewogenen Mobilität, nicht nur im Bereich Wirtschaft und Tourismus, ein Zukunftsthema, was jeglicher Unterstützung bedarf. Und in allererster Linie sind Fachkräfte die wichtigste Stütze. Sicherung eines modernen medizinischen Standards muss für uns ebenso selbstverständlich sein, wie auch die Gesundheitsprävention. Gesundheit für alle bedeutet freie Arzt-, Apotheken-, Krankenhaus- und Therapiewahl. Um dies zu gewährleisten, muss das von mir erwähnte Zusammenspiel zwischen Fachkräfte und Mobilität gelingen und das wird nur gelingen, wenn wir gemeinsam, Kreis, Land, Bund alle Ressourcen nutzen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

der demografische Wandel stellt aber nicht nur die medizinische, sondern auch **pflegerische Versorgung** in Niedersachsen, in unserem Heidekreis vor große Herausforderungen. Aus diesem Grunde sind Vorsorge, ambulante und stationäre Behandlung, Nachsorge sowie Regel- und Maximalversorgung besser miteinander zu verzahnen. Telemedizin wird künftig eine größere Rolle spielen. So kann der gezielte Ausbau der E-Health Strukturen zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung auch bei uns hier im Heidekreis durchaus ein interessanter Weg sein. Von vernetzten Arztpraxen bis hin zu digitalisierten Seniorenwohnungen. Interessante Ansätze kann man beim

Institut für Informatik ‚Office‘ unter Leitung von Prof. Dr. Nebel in Oldenburg erfahren. Ein Zukunftsweg auch für uns? Auch hier wird die Digitalisierung eine herausragende Rolle einnehmen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

E-Health ist in der Pflege aber nicht das Allheilmittel. Vielmehr sind es die MitarbeiterInnen in den Gesundheits- und Pflegeberufen, die verantwortungsvoll und anspruchsvoll ihre Aufgaben leisten. Sie sind die Stütze der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Sie verdienen für ihre Arbeit Wertschätzung und eine gerechte Bezahlung. Nur so wird sich ausreichend Nachwuchs für diesen Berufszweig gewinnen lassen. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind notwendig und zu unterstützen. Der ‚Tarifvertrag Soziales‘ ist für uns ein wichtiges Instrument, das den Wettbewerb über Qualität und nicht über niedrige Personalkosten fördern soll.

Doch was macht die rot-grüne Landesregierung? Sie errichtet eine Pflegekammer!

Als Sozialministerin Rundt noch Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen war, hat sie sich dagegen ausgesprochen. Und nun? Nun genau gegenteilig gehandelt. Ich erhalte seitdem viele Mails, Schreiben, Anrufe. Aus einem Schreiben an Johanne Modder (SPD) möchte ich mal zitieren, denn das bringt es für mich auf den Punkt:

Ihrem Schreiben haben wir entnommen, dass die SPD in der Altenpflegeausbildung Verbesserungen vorgenommen hat. Auf unsere Bedenken bezüglich der Einrichtung der Pflegekammer haben Sie geantwortet, dass die SPD diese haben möchte und dass dies nun mal unser Geld kosten werde. Außerdem werden die Arbeitgeber um die besten Arbeitskräfte buhlen und die Kosten und die Arbeitszeit für kammerbefohlene Weiterbildungen selbstverständlich übernehmen, was wir völlig anders sehen. In der Realität buhlen die Arbeitgeber um die kostengünstigsten Pflegekräfte. Zu unserem großen Entsetzten mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die SPD und die Grünen am 12.12.2016 die Pflegekammer auf den Weg gebracht haben. Aus unserer Sicht eine totale Fehlentscheidung, da die Belastung aus der Pflegekammer alleine von der einzelnen Pflegekraft zu tragen ist. Ein Vorteil ist nicht erkennbar, Nachteile sind umso konkreter.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

wenn das die Antwort der rot-grünen Landesregierung auf gute Pflege ist: Zwangsmitgliedschaft, dadurch auch weniger Einkommen, keinen Einfluss auf bessere Bezahlung, Pflegehilfskräfte werden nicht mit einbezogen, also nicht berücksichtigt, obwohl sie 50% der Belegschaft ausmachen, dann kann ich nur sagen: So wird gute Pflege nur auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen, aber nicht zu einer Gesamtverbesserung beitragen! Ich bin gespannt, wann es die erste Verbandsklage geben wird. Hier werden, hier **müssen** wir nachbessern!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

ich könnte noch sehr viele Ausführungen machen, abendfüllend, der Strauß an Verbesserungen ist vielfältig, sprengt aber den Zeitrahmen.

Gestatten Sie mir deswegen zum Abschluss aber noch einige kurze Aussagen, die für mich eine **ebenso** große Bedeutung haben.

Wir sind bundesweit Vorreiter bei der Energiewende aus Wind und Biomasse und gerade hier im Heidekreis sind wir auf einem vorderen Platz! Der Ausbau der Windenergie, sowie Biomasse muss jedoch in einer guten Symbiose vonstatten geht. Das Thema Trassenführung von „Süd-Link“ wird uns die nächsten Jahre beschäftigen.

Unsere Landwirte waren und sind wichtige Partner in der Gewinnung von Bioenergie-, aber **auch** in der Nahrungsmittelproduktion. Einen fairen, geregelten Ausgleich für sie zu finden ist für mich unerlässlich. Sie müssen von ihrem Grund und Boden leben, sie müssen die Chance behalten, von diesem Erwerb auch **auskömmlich** zu leben. Dabei ist mir die Akzeptanz gegenüber unseren Landwirten ein wichtiges Anliegen, denn sie sind es, die im Rahmen der erneuerbaren Energien, im Ver-

braucherschutz, in der Sicherstellung von hochwertigen Nahrungsmitteln, im Naturschutz, und in der Landschaftspflege einen wichtigen Beitrag leisten. Dazu ein paar Zahlen aus der Land- und Ernährungswirtschaft, nach dem Fahrzeugbau der wichtigste Wirtschaftszweig in Niedersachsen: rund 10 Mrd. € Produktionswert, über 100.000 Beschäftigte, jeder 6. in der Ernährungswirtschaft – und diese Leistung muss auch zukünftig **öffentlich** honoriert werden!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

ich kann es nicht mehr ertragen, wie rot-grün mit unseren Landwirten, mit unseren, Forstwirten und auch Jägern umgehen! Ich finde es grob fahrlässig, wie mit einem Berufsstand, mit ihren Familien, bedingt durch die ideologische Brille umgegangen wird. Es kann nicht sein, dass Kinder eines Landwirtes in der Schule gemobbt werden! Das muss sofort beendet werden, am besten mit dem Absetzen des grünen Landwirtschaftsministers!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,
eines kann ich Ihnen versichern: Mit uns wird es kein Landwirtschafts- und Umweltministerium unter grüner Ägide geben! Gelingen kann dies aber nur, wenn wir auch in Zukunft stärkste Partei bleiben – und darauf müssen wir gemeinsam hinarbeiten. Mit klugen Konzepten, anpackend und richtungsweisend!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

die Konsolidierung des Landeshaushaltes muss weiter oberstes Ziel bleiben! Dazu gehört keine Nettoneuverschuldung, Abbau von Schulden, Investitionen in die Zukunft mit Maß und Weitsicht. Unsere Kommunen müssen weiterhin den nötigen Gestaltungsspielraum durch den Flächenfaktor erhalten.

Ich sehe meine Aufgabe darin, meine Erfahrung, die ich als Kommunal- und Landespolitikerin gesammelt habe, für unsere

Region zu nutzen. Ich möchte den nachfolgenden Generationen noch Handlungsmöglichkeiten geben, um eine gute Zukunft zu gewährleisten. Politik der Nachhaltigkeit ist somit für mich ein Muss in meinem politischen Tun. Dazu gehört, dass man zuhört, dazu gehört, dass den Menschen auch vorher gesagt werden muss, was hinterher getan wird. Bürger machen mir keine Arbeit, für mich sind sie die Legitimation unserer Arbeit!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

immer wieder gerne zitiere ich Voltaire, der für mich sehr treffend sagt: „wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun“.

Ich will nicht zu den Personen gehören, die die Hände in den Schoß legen und machen lassen. Ich gehöre lieber zu den Personen die gestalten und Verantwortung übernehmen, sich aktiv einbringen.

Geben sie mir die Chance, die von mir angekündigten Themen nach vorne zu bringen und umzusetzen.

Packen wir es gemeinsam an.

Zusammen stark - Dafür bitte ich um ihr Vertrauen, ihre Unterstützung, ihre Geschlossenheit und um ihre Stimme!

Herzlichen Dank!